

TEIL A: PLANZEICHNUNG



PLANZEICHNERLÄUTERUNG

(NACH BAUG IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANVZ 1990)

	GELTUNGSBEREICH (§ 9 ABS. 7 BAUGB)
	SONDERGEBIET (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 10 ABS. 2 BAUNVO)
	ZUM SONDERGEBIET GEHÖRENDE GRÜNLÄCHE (§ 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB)
	GRZ 0,8 GRUNDFLÄCHENZAHL (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 19 BAUNVO)
	WH / FH HÖHE BAULICHER ANLAGEN, HIER: WH = WANDHÖHE, FH = FIRSTHÖHE (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 18 BAUNVO)
	ABWEICHENDE BAUWEISE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 22 ABS. 4 BAUNVO)
	BAUGRENZE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 23 ABS. 3 BAUNVO)
	NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME HIER: SCHUTZABSTAND WALD (§ 9 ABS. 1 NR. 6 BAUGB)
	STRASSENVERKEHRSFLÄCHE (§ 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB)
	PARKFLÄCHE
	HAUPTVERSORGUNGSLEITUNG HIER: 20KVVERDKABEL (§ 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB)
	UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR STELLPLATZE (§ 9 ABS. 1 NR. 4 UND 22 BAUGB)
	STRASSENBEGRENZUNGSLINIE
	WASSERFLÄCHE (§ 9 ABS. 1 NR. 16 BAUGB)
	FLÄCHEN FÜR WALD (§ 9 ABS. 1 NR. 18 BAUGB)
	FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR, BODEN UND LANDSCHAFT (§ 9 ABS. 1 NR. 20 UND ABS. 6 BAUGB)
	ANPFLANZEN VON BÄUMEN (BÄUME VERSCHIEBBAR) (§ 9 ABS. 1 NR. 25A BAUGB)
	ERHALTUNG VON BÄUMEN (§ 9 ABS. 1 NR. 25A BAUGB)
	MASSNAHMEN
	MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHT ZU BELASTENDEN FLÄCHEN (§ 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB)
	FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 25A BAUGB)
	FLÄCHEN MIT BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 ABS. 1 NR. 25B BAUGB)
	INTEGRATION VORHANDENER GRÜNSTRUKTUREN
	ABGRENZUNG DES MASSES DER NUTZUNG INNERHALB EINES BAUGBIETES (§ 1 ABS. 4 § 16 ABS. 5 BAUNVO)
	ABGRENZUNG SPORTPLATZ, BOLZPLATZ
	ABGRENZUNG ALTER BEBAUUNGSPLAN

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 BAUGB I.V.M. BAUNVO

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB

1.1 Baugebiet SO

1.1.1 zulässige Arten von Nutzungen

Sondergebiet, gem. § 10 Abs. 2 BauNVO

Innerhalb des Sondergebietes sind folgende Nutzungen zulässig:

- Sanitäranlagen
- interne Zufahrten
- Stellplätze für den durch die zugelassenen Nutzungen verursachten Bedarf, jedoch nicht innerhalb der zum Sondergebiet gehörenden Grünflächen

An den durch Planskizzen gekennzeichneten Stellen sind folgende Nutzungen zulässig:

- Anlagen und Einrichtungen für sportliche Zwecke hier: Peterberghalle hier: STB Bildungszentrum, "Turnerheim" hier: Sportplatz hier: Sport, Spiel- und Freizeitanlagen hier: Kleinspielfeld
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes hier: Haus des Gastes
- Schank- und Speisewirtschaften hier: Gastronomieeinrichtung im Bereich Turnerheims, Haus des Gastes, Peterberghalle
- Freizeiteinrichtungen hier: Zeltpark hier: Blockhütten hier: Jugendlager

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB

2.1 Grundflächenzahl

siehe Plan bzw. Planskizzen

SO: 0,8 GRZ
SO im Bereich "Blockhütten" und "Zeltpark": 0,2 GRZ

Für den Bereich "Blockhütten" wird festgesetzt, dass eine Überschreitung einer maximalen Grundfläche von 25 qm je Hütte mit Ausnahme des Haupthauses nicht zulässig ist.

Gem. § 19 Abs. 4 BauNVO ist eine Überschreitung der festgesetzten GRZ durch die Grundflächen:

- Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten
- Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO
- bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugebiet lediglich unterbaut wird

nicht zulässig:

siehe Plan, gem. §§ 16 und 18 BauNVO

hier: maximale Traufhöhe und maximale Firsthöhe

Die maximale Traufhöhe und maximale Firsthöhe wird an den durch Planskizzen gekennzeichneten Stellen wie folgt festgesetzt:

- Bereich "Peterberghalle": 7,50 m Traufhöhe / 10,00 m Firsthöhe
- Bereich "Turnerheim" und "Haus des Gastes": 9,50 m Traufhöhe / 12,00 m Firsthöhe
- Bereich "Blockhütten" und "Zeltpark": 3,00 m Traufhöhe / 4,50 m Firsthöhe

Als Traufhöhe wird das Abstandsmaß zwischen Oberkante fertiger Fußbodenbelag Erdgeschoss (unterer Bezugspunkt) und dem Schnittpunkt der Außenflächen des aufstehenden Mauerwerks mit der Dachhaut bestimmt.

Die Firsthöhe als oberer Bezugspunkt ist als oberste Dachbegrenzungskante klar definieren.

3. BAUWEISE

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUNVO

siehe Plan, im gesamten Baugebiet wird eine abweichende Bauweise gem. § 22 Abs. 4 BauNVO festgesetzt. Eine Gebäudehöhe von 50 m darf überschritten werden.

4. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB

siehe Plan, hier: Baugrenzen gem. § 23 Abs. 3 BauNVO

Die Gebäude sind an den im Plan durch Baugrenzen gekennzeichneten Standorten zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudemauern in geringfügigem Ausmaß (bis max. 0,5 m) kann gestattet werden.

Gemäß § 14 Abs. 1 Satz 3 BauNVO wird festgesetzt, dass Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig sind. Nebenanlagen, die der Versorgung des Baugebietes mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser dienen, sind gemäß § 14 Abs. 2 BauNVO ausnahmsweise auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

5. FLÄCHEN FÜR STELLPLATZE UND GARAGEN MIT IHREN EINFAHRTEN

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB

Gem. § 12 Abs. 2 BauNVO wird festgesetzt, dass Stellplätze nur für den durch die zugelassenen Nutzungen verursachten Bedarf zulässig sind.

Stellplätze sind auf den dafür festgesetzten Flächen bzw. den straßenseitig zugeordneten Flächen des Sondergebietes, nicht jedoch innerhalb der Flächen zum Anpflanzen bzw. der zum Sondergebiet gehörenden Grünflächen und der Flächen zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen zulässig. Stellplätze sind zusätzlich im gesamten Sondergebiet nördlich der Erschließungsstraße zulässig.

Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, nicht jedoch innerhalb der Baufenster der durch Planskizzen gekennzeichneten Bereiche "Blockhütten" und "Zeltpark" zulässig.

6. VERKEHRSFLÄCHE UND VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB

siehe Plan, Verkehrsfläche hier: Haupterschließung Die Erschließung des Plangebietes erfolgt über den nördlich der vorhandenen Hochbauten verlaufenden Weg. Dieser wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB als Verkehrsfläche festgesetzt.

Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung hier: Parkplatz

7. FÜHRUNG VON VER- UND ENTSORGUNGSSYSTEMEN UND -LEITUNGEN

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB

siehe Plan, hier: 20kV-Erdkabel hier: Trennsystem Das innerhalb des Plangebietes anfallende Abwasser der an der Erschließungsstraße vorhandenen baulichen Anlagen wird dem vorhandenen Schmutzwasserkanal zugeleitet. Die hieran getrennt zu sammelnden unbelasteten Dachablaufwässer und das aus dem Kunstrasenplatz bzw. den Freizeitanlagen im südlichen Teil des Plangebietes anfallende Niederschlagswasser wird über Gräben in den westlich des Gebietes verlaufenden Bach eingeleitet. Der in unmittelbarer Nähe der Einleitetelle gelegene Teich besitzt die Funktion eines Regenrückhaltebeckens. Teile des Niederschlagswasser sind auf der mit M2 gekennzeichneten Fläche zur Versickerung zu bringen.

8. GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHT

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB

siehe Plan, hier: Geh- und Fahrsrecht zugunsten der Benutzer der Einrichtungen innerhalb des Plangebietes im dargestellten Bereich gem. Planskizzen

hier: Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger im dargestellten Bereich gem. Planskizzen

9. GRÜNFLÄCHE

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB

siehe Plan, hier: private Grünflächen

10. WASSERFLÄCHEN

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 16 BAUGB

siehe Plan

11. WALDFLÄCHE

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 18 B BAUGB

siehe Plan,

12. FLÄCHEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB

IN ANWENDUNG DER §§ 18FF BNATSCHG

siehe Plan, M1: Alle Stellplätze und deren Zufahrten sind aus Gründen der Grundwassererneuerung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB wasserdurchlässig zu befestigen.

M3: Auf der mit M3 gekennzeichneten Fläche sind die

bestehenden Gehölze dauerhaft zu erhalten.

M4: Auf der mit M4 gekennzeichneten Fläche ist ein naturnaher artreicher Waldsum aus einheimischen Gehölzen zu entwickeln. Um einen strukturellen Aufbau sowie ausgeglichene Konkurrenzverhältnisse zu gewährleisten, ist ein stufenartiger Aufbau der Pflanzungen anzustreben. Hierzu sind unmittelbar am Waldrand Bäume 2. Ordnung zu pflanzen, in etwas weiterer Entfernung größere (führende) Gehölze und schließlich kleinere (begleitende) Gehölze (vgl. Pflanzliste).

M5: Im Bereich der mit M5 gekennzeichneten Fläche ist eine Streubewässerung anzulegen. Hierfür sind Hochstämme einheimischer Obstsorten zu verwenden. Die Bäume sind in einem Raster von 10 mal 10 Meter anzupflanzen. Die Obstbäume sind regelmäßig zu pflegen. Die Unterbringung hat in Form einer extensiven Grünlandnutzung zu erfolgen. Die Fläche ist mindestens einmal, maximal zwei mal pro Jahr zu mähen. Dabei darf die 1. Mahd nicht vor dem 15. Juni erfolgen. Das Mahdgut ist von der Fläche zu entfernen. Bestehende Obstbäume und sonstige Gehölzstrukturen sind zu erhalten und in die Pflanzungen zu integrieren.

13. FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN UND ZUM ERHALT VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 A UND 1 BAUGB

IN ANWENDUNG DES § 18FF BNATSCHG

P1: Die auf den mit P1 gekennzeichneten Flächen bestehenden Gehölze werden gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB zum Erhalt festgesetzt. Ausstehende Gehölze sind durch einheimische standortgerechte Gehölze zu ersetzen (vgl. Pflanzliste).

P2: Die bestehenden Gehölze auf der mit P2 gekennzeichneten Fläche werden gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB zum Erhalt festgesetzt. Auf der Fläche sind zusätzlich 15 einheimische Gehölze anzupflanzen und in die bestehenden Gehölzstrukturen zu integrieren.

P3: Auf den mit P3 gekennzeichneten Flächen ist eine dichte Gehölzpflanzung aus standortgerechten einheimischen Gehölzen vorzunehmen. Die Gehölze sind in einem Raster von 1,5 m x 1,5 m zu pflanzen. Mindestens alle 15 m ist ein Laubbäumchen in die Pflanzung zu integrieren.

P4: Entlang der Erschließungsstraße sind Bäume anzupflanzen. Großkronige Hochstämme sind entsprechend Pflanzliste in einem Abstand von 10 - 15 m zu pflanzen.

Für alle festgesetzten Anpflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB sind nur einheimische Bäume und Sträucher zu verwenden. Eine Auswahl geeigneter standortgerechter Gehölze stellt die im Folgenden aufgeführte Liste beispielhaft dar:

Pflanzliste 'Gehölze':

Feldahorn	Bergahorn
Spitzahorn	Eingr. Weißdorn
Schlehe	Vogelkirsche
Platanenlinde	Winterlinde
Schwarzer Holunder	Silberlinde
Traubeneiche	Ulm
Liguster	Eberesche
Himbeere	Hänge-Birke
Hainbuche	Hundsrose
Walnus	Gem. Schneeball
Wolliger Schneeball	
Einheimische Obstbaumsorten (Hochstämme)	

Pflanzliste 'Waldmisch':

Bäume 2. Ordnung:	Feld-Ahorn
	Hainbuche
	Vogelkirsche
	Schlehe
	Eingr. Weißdorn
	Blutahorn
	Schwarzer Holunder
	Hundsrose

führnde Sträucher:

	Feld-Ahorn
	Hainbuche
	Vogelkirsche
	Schlehe
	Eingr. Weißdorn
	Blutahorn
	Schwarzer Holunder
	Hundsrose

begleitende Sträucher:

	Feld-Ahorn
	Hainbuche
	Vogelkirsche
	Schlehe
	Eingr. Weißdorn
	Blutahorn
	Schwarzer Holunder
	Hundsrose

Festgesetzte Pflanzqualitäten

Hochstämme/Bäume: 3er, SU 12 - 14 cm
Sträucher: 5 Triebe, Höhe: 100 cm - 150cm

Bestehende Hochstämme, die durch die Baumaßnahmen nicht direkt betroffen sind, sind zu erhalten.

Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB.

Zum ökologischen Ausgleich der Eingriffe in Natur und Landschaft werden außerhalb des Geltungsbereiches auf einer ca. 2 ha großen Fläche (Gemarkung Brauns- hausen, Flur 3, Teile der Parzellen 310/1 und 297/1) folgende Maßnahmen festgesetzt:

Die gesamte Fläche ist mindestens einmal, bei Bedarf maximal zweimal im Jahr zu mähen. Zum Schutz der vor kommenden wertgebenden Tagfalter soll die Fläche nicht komplett, sondern in mindestens zwei Abschnitten gemäht werden. Die Mahd darf erst nach dem Aus- sen der hier auftretenden Pflanzensorte Amica montana erfolgen (ca. ab Mitte Juli). Das Mähgut ist von der Fläche zu entfernen. Eine Düngung der Fläche ist nicht zulässig.

Im Bereich der aktuell brachliegenden Flächen ist im ersten Jahr ein tiefer Schnitt vorzunehmen und damit die verfilzte Vegetationsdecke weitgehend abzuräumen.

Der Entwurf der Änderung und Erweiterung des Baugebungsplanes, bestehend aus der Planskizzen- ung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung hat in der Zeit vom 18.08.2003 bis einschließlich 18.09.2003 öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfahrt von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 1. 8. 03. ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Die betroffenen Behörden, Stellen und die Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung mit Schreiben vom 06.08.2003 an der Änderung und Erweiterung des Baugebungsplanes beteiligt. Im Anschreiben wurde auf die parallel stattfindende Auslegung hingewiesen. Die vorgebrachten Anregungen wurden vom Gemeinderat am 18.12.2003 geprüft und in die Abwägung ein- gestellt.

Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME GEM. § 9 ABS. 6 BAUGB

SCHUTZABSTAND ZUM WALD

siehe Plan, innerhalb der im Plan festgesetzten Schutzfläche gilt § 14 Abs. 3 LWaldG.

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

siehe Plan

HINWEISE

LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET

An der südwestlichen Grenze das Geltungsbereichs grenzt ein Landschaftsschutzgebiet an.

SCHUTZSTREIFEN

Um Beeinträchtigungen an der öffentlichen Versor- gung (Wasser, Strom, Kabel) dienenden Anlagen vor- zuweisen, ist das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdischen Ver- und Entsorgungsanlagen (Ausgabe 1989), aufgestellt vom Arbeitskreis "Baumpflanzungen im Bereich von Versorgungsleitungen" im Arbeitsaus- schuss "Kommunaler Straßenbau", zu beachten. Diese technische Mitteilung GW 125 ist bei der Wirtschafts- und Verlags-Gesellschaft Gas und Wasser mbH, Bonn, erhältlich.

ABSP-FLÄCHE

Ein Teilbereich des nördlich der Erschließungsstraße befindlichen Teil des Plangebietes (Öffentliche Park- fläche gegenüber Turnerheim) ist Bestandteil der Fläche 6408005 des Arten- und Biotopinventar- prozesses des Saarlandes (ABSP) mit örtlicher Bedeu- tung.

BIOTOPKARTIERUNG II DES SAARLANDES

Östlich des Plangebietes befindet sich das Biotop Nr. 64080042 der Biotopkartierung II des Saarlandes. Die biotopkartierten Bereiche sind bei der Planung zu berücksichtigen.

MUNITIONSFUNDE

Im Planungsbereich sind Munitionsgefahren nicht aus- zuschließen. Ein vorsorgliches Abuchen der Flächen durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst wird daher empfohlen. Die Anforderung des Kampfmittelbesei- tigungsdienstes sollte frühzeitig vor Beginn der Erdarbei- ten erfolgen.

BODENFUNDE

Gemäß § 16 und 17 Saarländisches Denkmalschutz- gesetz - DSchG besteht bei Bodenfunden eine Anzei- gepflicht und ein befristetes Veränderungsgewerb.

VERSICKERUNG VON NIEDERSCHLAGSWASSER

Hinsichtlich der geplanten Versickerung von Nieder- schlagswasser sind die Bestimmungen des § 35 Abs. 2 Saarländisches Wassergesetz - SWG zu beachten.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Fest- setzungen des Baugebungsplanes, gelten u.a. fol- gende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetz (BauGB), in der Bekanntmachung vom 27.8.1997 (BGBl. I S. 2141, ber. 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.7.2002 (BGBl. I S. 2850) m.V.v. 1.8.2002,
- die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Be- kenntn. der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zul. geänd. durch Art. 3 des IWG vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 479),
- die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauplanlinie und die Darstellung des Planinhalts - Planzeichnungsverordnung (PlanZVO 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58),
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)

- die Baordnung (BO) für das Saarland vom 27. März 1996 (Amtbl. des Saarland, S. 477), zuletzt geändert durch Artikel 10 Abs. 9 des Ge- setzes vom 07.11.2001 (Amtbl. des Saarland, S. 2158)
- der § 12 des Kommunelebensentwicklungsgesetzes (KSVG) i. d. Bek. der Neuf. vom 27. Juni 2002 (Amt- bl. des Saarland, S. 210),
- zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes Nr. 1397 zur Neuordnung der saarländischen Ver- messungs- und Katasterverwaltung vom 16. Oktober 1997 (Amtbl. des Saarland, S. 1130),
- das Saarländische Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 12. Oktober 1977 (Amtbl. des Saarland, S. 993), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Landesplanungsgesetzes vom 12. Juni 2002 (Amtbl. des Saarland, S. 1506),
- das Saarländische Straßengesetz, Gesetz Nr. 808 vom 17.12.1964 in der Fassung vom 15.10.1977 (Amtbl. des Saarland, S. 969), zuletzt geändert am 12.06.2002 (Amtbl. des Saarland, S. 1506),
- das Gesetz zur Änderung des Landeswaldgesetzes vom 09. Juli 2003 (Amtbl. des Saarland, S. 2130)

- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)

- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)

- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)

- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)

- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)

- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)

- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I S. 1914)
- das Gesetz über die Umweltver